

An den Rat
der Stadt Ochtrup
Frau Bürgermeisterin Christa Lenderich

Ochtrup, 16.06.2023

Prüfung eines Modellversuchs zum Rückbau der Sonderabfalldeponie in Ochtrup

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Rates

im Koalitions- bzw. „Zukunftsvertrag“ der CDU und der Grünen für Nordrhein-Westfalen haben die Parteien angekündigt, „in einem Modellvorhaben [...] praxisorientierte Erkenntnisse zum Deponierückbau und -recycling [zu] gewinnen“ (Zeilen 2182 und 2183).

Die Unterzeichner möchten diesen Vorsatz als Chance nutzen, um die in Ochtrup betriebene Sonderabfalldeponie (SAD) in einem einmaligen Modellvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung rückbauen zu lassen und vorschlagen, dass die SAD Ochtrup zu diesem Modellvorhaben wird.

Mit dem Betrieb der SAD durch die EGSt ist zwar die Abhängigkeit von einem privaten Unternehmen nicht mehr gegeben, dennoch handelt es sich um eine – nicht nur finanzielle – Ewigkeitslast, deren Rückbau die einzige Option ist, nachhaltig Belastung, Gefährdung und Unsicherheit zugleich zu vermeiden.

Dass immer noch Unsicherheit in der Bevölkerung besteht, zeigt sich nicht zuletzt am eingereichten Fragenkatalog eines Bürgers.

Grundsätzlich besteht seitens der Ochtruper Politik Vertrauen in die Kompetenz und Vorgehensweise der EGSt. Dass hier intensive und professionelle Arbeit geleistet wird, um eine größtmögliche Sicherheit der Deponie zu erreichen, wurde unlängst im Vor-Ort-Termin am 14.06.2023 durch die Bezirksregierung, die EGSt, dem beteiligten Ingenieurbüro und dem durchführenden Bauunternehmen dargestellt. Dieser Termin hat für alle Beteiligten zur Aufklärung beigetragen. Insbesondere die Bestätigung bzw. Ankündigung der Interpretation der Gutachten über den Zustand des Entwässerungssystems und der Beprobungen auf dem Gelände wird durch die Politik ausdrücklich begrüßt.

Die Interpretation und Vorstellung der erwähnten Gutachten im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Energie wird aus Sicht der Unterzeichner auch dazu dienen, die weiterhin vorhandene Unsicherheit in der Bevölkerung zumindest zu reduzieren.

Dieser Antrag stellt deshalb mitnichten die Arbeit der EGSt in Frage, sondern es soll mit ihm die Chance ergriffen werden, das durch die Landesregierung angedachte Modellvorhaben zu werden. Auch die EGSt, die Bezirksregierung und damit das Land werden ein Interesse daran haben, die oben erwähnte finanzielle Ewigkeitslast zu beseitigen.

Die Antragstellung ist natürlich in enger Abstimmung mit der EGSt und den zuständigen Stellen des Landes NRW vorzunehmen.

Die Unterzeichner beantragen:

- Die Verabschiedung einer Resolution durch den Rat der Stadt Ochtrup an die Landesregierung NRW, mit der beziehungsweise auf den Zukunftsvertrag die Sonderabfalldeponie in Ochtrup für den Modellversuch vorgeschlagen wird.
- Die Beauftragung der Verwaltung zur Kontaktaufnahme mit der Landesregierung, welche Schritte einzuleiten wären, um einen Modellversuch in Ochtrup zu starten.
- Die Vorstellung der erwähnten Gutachten über den Zustand des Entwässerungssystems und der Beprobungen auf dem Gelände durch Mitarbeitende der EGSt und/oder der Bezirksregierung
- Die Bereitstellung und Vorstellung der im Termin erwähnten Dokumentation des Baus der Deponie
- Die Kontaktaufnahme mit den Eigentümern der außenliegenden Beprobungsstellen zur Information über die Einsicht in die Messwerte und zur Abfrage der Bereitschaft zur Weitergabe der Messwerte an die Politik

Mit freundlichen Grüßen

die Fraktionen der im Rat der Stadt Ochtrup
vertretenen Parteien und Wählergemeinschaften